Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer

Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation

Band: 41 (2014)

Heft: 5

Artikel: Gold als Notgroschen?

Autor: Müller, Jürg

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-909867

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Einheitskasse ohne Chance

Das Volk hat die Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» am 28. September mit knapp 62 Prozent Neinstimmen abgelehnt; es ist dies das dritte Nein zu einer Einheitskasse innert 20 Jahren. Dass das Thema immer wieder aufgegriffen wird, liegt daran, dass ein latentes Unbehagen gegenüber den Krankenversicherungen besteht. Stichworte sind hohe Prämien, die jährliche Suche nach dem kostengünstigsten Versicherer und teils aggressiven Werbeaktionen. Trotzdem hat das Volk nun das Risiko einer Systemumstellung als zu hoch beurteilt, wohl vor allem wegen der prognostizierten Kosten. Der Druck der Initiative hat aber dazu geführt, dass Reformen in Angriff genommen wurden. So hat das Parlament eine Verfeinerung des Risikoausgleichs in der Krankenversicherung beschlossen, um die Jagd nach «guten Risiken» zu dämpfen.

Noch deutlicher, nämlich mit 71,5 Prozent
Neinstimmen, wurde die Mehrwertsteuerinitiative
des Gastgewerbes abgelehnt: Wer im Restaurant
isst, muss also weiterhin die üblichen 8 Prozent
Mehrwertsteuer bezahlen, und nicht wie bei einem
Imbissstand nur 2,5 Prozent.

Gold als Notgroschen?

«Gold bleibt das Fundament eines stabilen Frankens», sagt SVP-Nationalrat Luzi Stamm, einer der Initianten der Goldinitiative. «Gold hat heute keine Bedeutung mehr für die Geldpolitik», schreibt dagegen der Bundesrat in seiner Botschaft. Das Volk kann am 30. November den Glaubenskrieg entscheiden. Die Initiative «Rettet unser Schweizer Gold» fordert, dass die Nationalbank mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss. Heute sind es etwas über 7 Prozent, was im internationalen Vergleich viel ist. Verlangt wird zudem, dass das Gold in der Schweiz gelagert wird und unverkäuflich ist. Für die Initianten ist Gold eine Art Notgroschen: Das Volksbegehren stelle sicher, dass neben Papiergeld auch noch «echte Werte» zur Verfügung stünden.

Der Bundesrat und die Gegner der Initiative argumentieren, die Annahme würde die Handlungsfähigkeit der Schweizer Nationalbank einschränken. Die Sicherstellung der Preisstabilität und einer stabilen Entwicklung der Wirtschaft würde erschwert. Massnahmen wie etwa der Mindestkurs gegenüber dem Euro oder wirksame Vorkehrungen zur Finanzstabilität könnten nicht mehr glaubwürdig durchgesetzt werden. Gold könne zwar bei der Diversifikation der Währungsreserven zu einer ausgewogenen Verteilung der Bilanzrisiken beitragen; doch für sich allein genommen gehöre das Edelmetall zu den volatilsten und riskantesten Anlagen. Ein höherer Goldanteil führe auch zu einer geringeren Gewinnausschüttung an Bund und Kantone, denn Gold wirft keine Renditen ab.

Die Initiative wurde von Vertretern der SVP ergriffen, ist jedoch auch innerhalb der Volkspartei umstritten. Im Ständerat wurde dem Volksbegehren einstimmig eine Abfuhr erteilt, im Nationalrat grossmehrheitlich.

Inserat



Mit Swisscom iO kostenlos und unbegrenzt nach Hause telefonieren.







swisscom